

Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag den 22.11.2018 um 17:00 Uhr** im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Sitzungssaal 1

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 11. und 30.10.2018
3. Einwohnerfragestunde
4. Unterstützung von Projekten zur Abfallvermeidung **VO/2017/356-001**
5. Haushalt 2019
 - 5.1. Raumbedarfe
 - 5.2. Feuerwehrtechnische Zentrale
 - 5.3. Veränderungslisten Haushaltsplanung 2019
 - 5.4. Anträge der Fraktionen
7. Verschiedenes



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/2017/356-001	Status: öffentlich
Federführend: FD 2.2 Umwelt	Datum: 24.10.2018	Ansprechpartner/in: Wittl, Michael
	Bearbeiter/in: Petersen, Tanja	
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage	
Unterstützung von Projekten zur Abfallvermeidung		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt nach Beratung.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Umwelt- und Bauausschuss hat am 16.11.2017 beschlossen, 10.000 € für die Unterstützung von Initiativen, Vereinen und Verbänden für Projekte zur Abfallvermeidung zur Verfügung zu stellen.

Beigefügt ist ein Antrag des Vereins Plietsch und Stark e. V., der einen Zuschuss von 9.900 € beantragt.

Der Zuschuss soll für die Ausstattung der neuen Grundschüler im Jahr 2019 mit wiederverwendbaren Flaschen aus umweltschonender Produktion eingesetzt werden. Die Idee dabei ist, die Verwendung von Einwegflaschen aus Kunststoff zukünftig zu vermeiden und die Kinder für ein umweltbewusstes Handeln zu sensibilisieren.

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde könnte Einfluss auf die Gestaltung des Flaschenbeutels nehmen.

Eine Förderungsmöglichkeit der Initiative von Dritten steht nicht in Aussicht, sodass die Durchführung von dem Zuschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde abhängig sein könnte.

Weitere Anträge von Vereinen und Verbänden zur Unterstützung von Initiativen zur Abfallvermeidung liegen der Verwaltung noch nicht vor, könnten bis zum Jahresende jedoch noch eingereicht werden. Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung dem Umwelt- und Bauausschuss, einen Zuschuss von zunächst 5.000 € zu gewähren.

Finanzielle Auswirkungen:

5.000 € von den im Haushalt 2018 eingestellten 10.000 €

Anlage/n:

Antrag von Plietsch und Stark e. V.



Plietsch und Stark e.V. • Raiffeisenstraße 4 • 24768 Rendsburg

Kreis Rendsburg-Eckernförde - Verwaltungsstelle Umwelt
z. Hd. Tanja Petersen
Kieler Straße 53
24768 Rendsburg

Rendsburg, 15.10.2018

Antrag auf Zuwendung zur Ausstattung von Erstklässlern mit einer nachhaltigen Trinkflasche

Sehr geehrte Frau Petersen,

hiermit beantragen wir eine Zuwendung für ein nachhaltiges und umweltschonendes Projekt.

Projektträger und Antragsteller

Der gemeinnützige Verein „**Plietsch und Stark in der Region Rendsburg e.V.**“ wurde im Herbst 2015 gegründet. Zweck des Vereins ist die Förderung der geistigen, körperlichen und seelischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Als erstes größeres Projekt wurde eine Schwimmausbildung für Kinder aus DaZ-Klassen im Januar 2016 begonnen. Dieses Programm wird bis heute fortgesetzt und hat bisher in 16 Kursen rund 190 Mädchen und Jungen mit zumeist muslimischem Hintergrund in gemeinsamen Übungsstunden die Möglichkeit geboten, das Schwimabzeichen „Seepferdchen“ zu erreichen. Neben dieser speziell auf Migrantenkinder zugeschnittene Maßnahme führt der Verein regelmäßig in den Sommerferien im Rendsburger Freibad eine Schwimmschule für Grundschulkindern durch. Dieses Angebot erfreut sich großer Beliebtheit und stößt auf eine rege Nachfrage. Ein weiteres „Großprojekt“ für den Verein ist die „Bio-Brot-Box-Aktion“, die bisher dreimal durchgeführt wurde. Dabei wird allen Erstklässlern in der Region eine mit gesunden Nahrungsmitteln gefüllte Frühstücksbox überreicht, um die Kinder, aber natürlich auch die Eltern (mittels einer beigefügten Broschüre), für die Notwendigkeit eines ausgewogenen Frühstücks zu sensibilisieren:

Weitere Projekte des Vereins:

- Förderung des Musikunterrichtes an Schulen in der Region (aktuell: Aufbau eines Schulchores in Rotenhof)
- Unterstützung des „Kinder- und Jugendhospizdienstes im Kreis RD-ECK“
- Gründungsmitglied des Verein „Lebensraum Ökowieden Jevenstedt“, der einen Lehrgarten und eine Streuobstwiese betreut

- Die Lütte Druckerei – Museum unterwegs: Das Druckmuseum kommt in die Schule und erarbeitet mit den Kindern ein Liederbuch
- Und einiges mehr

Projektidee

Neben gesunder Ernährung mangelt es bei vielen Erwachsenen, aber auch bei Kindern, an der Eigenversorgung mit Flüssigkeit. Konzentrationsmangel und Kopfschmerzen sind oft eine Folge. Auf der anderen Seite werden aber auch Unmengen natürlicher Ressourcen für Getränkeverpackungen verschwendet. Einwegware aus Plastikflaschen ist leicht und daher bequem zu transportieren. Dabei könnte das Lieblingsgetränk alternativ in einer wiederbefüllbaren Flasche mitgenommen werden, die gegen Bruch geschützt ist.

Die Projektidee enthält daher beide Komponenten: Regelmäßiges Trinken - und das umweltschonend aus einer wiederverwend- und -befüllbaren Flasche.

Ein speziell für Kinder sehr geeignetes Produkt bietet hierzu die Emil Vertriebs-GmbH aus Bayern (www.emil-die-flasche.de) an. Seit 1990 produzieren sie wiederbefüllbare Glasflaschen, die durch einen Thermobecher geschützt werden und leicht durch einen darüber gestreiften, bunt gestalteten Flaschenbeutel mit Zugband transportiert werden können. Der Beutel kann individuell gestaltet und auf diese Weise ein Markenzeichen für die Region werden.

Die Marke Emil steht für umweltbewusst hergestellte Produkte. Neben der Praxistauglichkeit stehen die umweltschonende Produktion und der Einsatz unbedenklicher Materialien an erster Stelle - Müllvermeidung war der Ursprungsgedanke, aus dem „Emil“ hervorging.

Die Projektidee besteht darin, im Jahr 2019 (Schuljahr 2019/2020) neben der Bio-Brot-Box auch eine Emil-Flasche an alle ErstklässlerInnen auszugeben. Die Aktion wird durch Sensibilisierungsmaßnahmen begleitet.

Kosten und Finanzierung

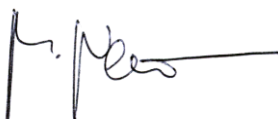
Wie sich die Schülerzahlen 2019/2020 entwickeln werden ist derzeit nicht exakt vorher zu sagen. Aufgrund der Erfahrungen mit der Bio-Brot-Box ist mit weit über 800 Kindern zu rechnen.

Bei einer Ausstattung mit 900 Flaschen wären steigende Schülerzahlen und ggf. die Hinzunahme bisher nicht berücksichtigter privater Schulen abgedeckt.

Bei Abnahme dieser hohen Stückzahl würde eine Flasche ca. 11 Euro (brutto) kosten, so dass der finanzielle Bedarf bei 9.900 Euro liegt und hiermit beantragt wird.

Die Eigenleistungen des Vereins Plietsch und Stark bestehen darin, die Herstellung des Produktes, Vertrieb und Logistik zu den Schulen und die Sensibilisierungsmaßnahmen zu organisieren und durchzuführen. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen



Marco Neumann
Vorsitzender



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/2018/681 Status: öffentlich Datum: 29.10.2018 Ansprechpartner/in: Wittl, Michael Bearbeiter/in: Petersen, Tanja	
Federführend: FD 2.2 Umwelt		
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage	
Haushaltsplanung 2019 - Veränderungsliste Teilplan 537101 und 561101		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, den Änderungen (Veränderungslisten) in den Teilplänen 561101 und 537101 zum Haushaltsentwurf 2019 zuzustimmen.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

In der Veränderungsliste Abfallwirtschaft wurden der Festpreis 2019 mit der AWR und aktualisierte Abfalldaten bei Erträgen und Aufwendungen berücksichtigt.

Außerdem wurden die Personalkosten neu geplant:

	neu	alt
Fachgruppenleitung 5% statt 10%	4.500,00 †	8.900,00 †
Sachbearbeitung 50% von 23h	28.400,00 †	28.400,00 †
Zuführung Rückstellungen Versorgung und Beihilfe	5.400,00 †	5.400,00 †
Kosten für Overhead (FDL, FDL, Controllerin) - Anteil SKTR	2.300,00 †	2.300,00 †
	<u>40.600,00 †</u>	<u>45.000,00 †</u>
10% Debitorenbuchhaltung	24.840,00 †	24.840,00 †
10% Geschäftsanwendungen Buchhaltung	4.920,00 †	4.920,00 †
Beteiligungscontrolling	- †	9.560,00 †
	<u>29.800,00 †</u>	<u>39.400,00 †</u>

Zusammengefasst sind die Personalkosten im Teilplan Abfallwirtschaft um den Betrag von 14.000 € reduziert, der als Folge auf andere Bereiche verteilt werden muss.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Anlage/n:

Veränderungsliste Abfallwirtschaft

Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2019

Nr.	Seite	Teil-Leistung	Zeile	Konto	Bezeichnung	Erträge		Aufwendungen		Differenz Erträge	Differenz Aufwendungen	neuer Betrag 2020	neuer Betrag 2021	neuer Betrag 2022	Bemerkung
						Haushalt 2019	neuer Betrag 2019	Haushalt 2019	neuer Betrag 2019						
537101 Abfallwirtschaft															
		5371-1-000	4	4381	Auflösung Geb.ausgleich	1.383.900	1.266.600			-117.300		1.093.800	1.242.600	1.438.300	
		5371-1-000	5	44622	Abfallentgelt neu	16.710.000	17.253.500			543.500		17.253.500	17.636.700	18.028.000	
		5371-1-000	11a	5012	Dienstbez. Besch.			8.300	4.200		-4.100	4.300	4.300	4.300	
		5371-1-000		5022	Beitr. VERSO Besch.			600	300		-300	400	400	400	
		5371-1-000	16a	5455	Erstattg. an verb. Untern.			22.957.700	23.397.900		440.200	23.672.300	18.652.400	19.208.200	Festpreis und örV
		5371-1-00		5811000501	Aufw aus ILV Abfall			39.400	29.800		-9.600	29.800	29.800	29.800	
Zwischensumme										426.200	426.200				
										Differenz Erträge insgesamt	426.200				
										abzüglich Differenz Aufwand	426.200				
Fachdienst 2.2						ergibt Haushaltsverbesserung/-verschlechterung				0	0	0	0		
Zusammen						ergibt Haushaltsverbesserung/-verschlechterung				0	0	0	0		

Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2019

Nr.	Seite	Teil- Leistung	Zeile	Konto	Bezeichnung	Erträge		Aufwendungen		Differenz Erträge	Differenz Aufwendun- gen	Bemerkung
						Haushalt 2019	neuer Betrag 2019	Haushalt 2019	neuer Betrag 2019			
561101 Umwelt												
		5611-1-021	16a	543182	Geschäftsw. Sachvers.			0	20.000	0	20.000	
										0	0	
										0	0	
										0	0	
					Zwischensumme					<u>0</u>	<u>20.000</u>	

		Differenz Erträge insgesamt	0
		abzüglich Differenz Aufwand	20.000
Fachdienst 2.2		ergibt Haushaltsverbesserung/-verschlechterung	-20.000
Zusammen		ergibt Haushaltsverbesserung/-verschlechterung	-20.000



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2018/743
	Status:	öffentlich
Federführend: FD 2.2 Umwelt	Datum:	21.11.2018
	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
	Bearbeiter/in:	Petersen, Tanja
Gemeinsame Anträge der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Entscheidung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Beigefügt sind gemeinsame Anträge der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Anlage/n:

Feuerwehr
Klimaschutz
Raumbedarf



CDU-Kreistagsfraktion
Paradeplatz 10
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 14160
Fax: 04331 141620
info@cdu-rd-eck.de



FDP-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 / 202-359
Fax: 04331 / 202-563
wilhelm.eggert@gmx.de



Kreistagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566
armin.roesener@gruene-fraktion-rd-eck.de
kirsten.zuelsdorff@gruene-fraktion-rd-eck.de

Herrn
Reimer Tank
Vorsitzender des Umwelt- und Bauausschusses
Kreishaus
24768 Rendsburg

20.11.2018

Antrag zu den Haushaltsberatungen

Neubau Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ) und Löschzug Gefahrgut (LZG)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beantragen:

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde stellt im Kreishaushalt 2019 **8.000.000 €** für den Neubau einer Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) sowie den Neubau eines Löschzuges Gefahrgut (LZG) zur Verfügung.

Begründung:

Sowohl in das Gebäude der FTZ als auch in das der LZG müssten in den nächsten Jahren erhebliche Haushaltsmittel investiert werden. Die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen sind der Ansicht, dass nach Evaluation des Gutachtens diese Sanierung im Bestand weder für die Feuerwehren die beste noch für den Kreis die wirtschaftlichste Lösung ist. Daher plädieren wir für einen gemeinsamen Neubau „auf grüner Wiese“. Wir wollen in einem Lenkungskreis -in Einbindung mit den Fachleuten der Feuerwehr- einen zeitgemäßen Neubau planen, der den steigenden Anforderungen unserer Wehren im Kreis gerecht wird.

Tim Albrecht
CDU-Fraktion

Wilhelm Eggert
FDP-Fraktion

Kirsten Zülsdorff/Armin Rösener
Bündnis 90/ Die Grünen



CDU-Kreistagsfraktion
Paradeplatz 10
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 14160
Fax: 04331 141620
info@cdu-rd-eck.de



FDP-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 / 202-359
Fax: 04331 / 202-563
wilhelm.eggert@gmx.de



Kreistagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566
armin.roesener@gruene-fraktion-rd-eck.de
kirsten.zuelsdorff@gruene-fraktion-rd-eck.de

''

Herrn
Reimer Tank
Vorsitzender des Umwelt- und Bauausschusses
Kreishaus
24768 Rendsburg

20.11.2018

Antrag zu den Haushaltsberatungen

Weiterentwicklung Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beantragen:

Im Haushalt des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Teilhaushalt 511102 Zeile 13) wird für das Jahr 2019 ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 150.000 € für die Weiterentwicklung eines effektiven kommunalen Klimaschutzes im Kreis Rendsburg-Eckernförde eingestellt.

Begründung: Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Gerade kleineren Kommunen fehlen für diese Aufgabe jedoch zumeist die personellen und finanziellen Ressourcen. Dem Kreis kommt hier eine Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion zu.

Für die Weiterentwicklung eines effektiven kommunalen Klimaschutzes im Kreis Rendsburg-Eckernförde, dessen Organisationsform in den politischen Gremien noch nicht abschließend beraten ist, sind für das Jahr 2019 zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich. Diese sind in Höhe von 150.000 € in den Haushalt einzustellen.

Tim Albrecht
CDU-Fraktion

Wilhelm Eggert
FDP-Fraktion

Kirsten Zülsdorff/Armin Rösener
Bündnis 90/ Die Grünen



CDU-Kreistagsfraktion
Paradeplatz 10
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 14160
Fax: 04331 141620
info@cdu-rd-eck.de



FDP-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 / 202-359
Fax: 04331 / 202-563
wilhelm.eggert@gmx.de



Kreistagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566
armin.roesener@gruene-fraktion-rd-eck.de
kirsten.zuelsdorff@gruene-fraktion-rd-eck.de

Herrn
Reimer Tank
Vorsitzender des Umwelt- und Bauausschusses
Kreishaus
24768 Rendsburg

20.11.2018

Antrag zu den Haushaltsberatungen

Erweiterungsbau Verwaltungsgebäude

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beantragen:

der Kreis Rendsburg-Eckernförde stellt im Kreishaushalt 2019 **5.000.000 €** für den Erweiterungsbau des Kreishauses zur Verfügung und prüft die Aufgabe der Liegenschaft Berliner Straße (FTZ).

Begründung:

Nach Berechnungen der Kreisverwaltung hat die Verwaltung einen zusätzlichen Raumbedarf für 75 Büroräume. Der geplante Erweiterungsbau SÜD-OST erfüllt diesen Bedarf mit seinen drei Etagen. Die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen glauben, dass es sinnvoller wäre, diesen Erweiterungsbau um eine vierte Etage zu vergrößern und so 25 weitere Arbeitsplätze auf dem Grundstück der Kreisverwaltung zu schaffen. Auf diese Weise würden die jetzigen Arbeitsplätze in der Berliner Straße überflüssig und die Liegenschaft könnte verkauft werden.

Tim Albrecht
CDU-Fraktion

Wilhelm Eggert
FDP-Fraktion

Kirsten Zülsdorff/Armin Rösener
Bündnis 90/ Die Grünen



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2018/714
	Status:	öffentlich
Federführend: FD 2.2 Umwelt	Datum:	12.11.2018
	Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
	Bearbeiter/in:	Petersen, Tanja
Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Beigefügt erhalten Sie die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anlage/n:

Anbau Kreishaus
Klimaschutzagentur



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISHAUS, 24768 RENDSBURG

An den Vorsitzenden des Umwelt- und
Bauausschusses
Herrn Reimer Tank

**Kreistagsfraktion RD-Eck
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
Kaiserstr. 8-10
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566**

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 22.11.2018

Rendsburg, den 08. November 2018

Sehr geehrter Herr Tank,

zu der Haushaltsberatung im Umwelt- und Bauausschuss beantragt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Im Haushalt des Kreises Rendsburg-Eckernförde ist für das Jahr 2019 ein Betrag von 4.000.000 Euro für einen Anbau an das Kreishaus zur Deckung des Raumbedarfs der Kreisverwaltung bereitzustellen.

Die Möglichkeit einer späteren Aufstockung ist sicherzustellen und ökologische Belange in der Planung und Umsetzung sind zu berücksichtigen. Ein Anschluss an den Eisspeicher, sowie die Möglichkeit der Nutzung der Dachflächen für Solarenergie soll gewährleistet werden.

Bei der Umsetzung des Projektes ist sicherzustellen, dass weitere Ladestationen für Elektroautos vorgehalten werden, die dem Mehrbedarf durch das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen gerecht werden.

Für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung sind zusätzliche Fahrradabstellanlagen und eine Ladestation für Pedelecs einzuplanen.

Begründung: Zur Deckung des Raumbedarfs der Verwaltung erscheint uns die Anbaulösung perspektivisch am sinnvollsten zu sein. Da Planung und Durchführung hier in eigener Hand liegen, sollten wir unserer Vorbildfunktion gerecht werden und Wert auf nachhaltiges Bauen legen, zumal dieses auch den Wert des Gebäudes bei eventueller Teilvermietung erhöht.

Mit freundlichen Grüßen,



gez. Kirsten Zülsdorff



gez. Armin Rösener



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISHAUS, 24768 RENDSBURG

An den Vorsitzenden des Umwelt- und
Bauausschusses
Herrn Reimer Tank

**Kreistagsfraktion RD-Eck
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
Kaiserstr. 8-10
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566**

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 22.11.2018

Rendsburg, den 08. November 2018

Sehr geehrter Herr Tank,

zu den Haushaltsberatungen im Umwelt- und Bauausschuss beantragt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

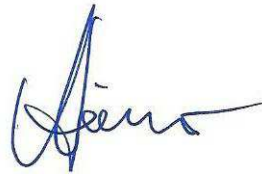
- 1) Der Kreis Rendsburg-Eckernförde unterzeichnet eine Absichtserklärung, gemäß der von der Verwaltung im Umwelt- und Bauausschuss am 30. Oktober 2018 vorgestellten Rahmenbedingungen Gesellschafter der zu gründenden Klimaschutzagentur zu werden.**
- 2) Die im Haushalt 2019 enthaltenen Mittel für den Klimaschutz (Teilhaushalt 511102) erhöhen sich um**
 - a. 60.000 Euro für den Gründungsaufwand der Klimaschutzagentur.**
 - b. 85.000 Euro Gesellschafteranteil des Kreises für das Jahr 2019, bei einer anzustrebenden Gründung im Juli 2019.**
- 3) Die Verwaltung wird ermächtigt, Fördermittel für die Gründung der Klimaschutzagentur zu beantragen.**
- 4) Ab dem Jahr 2020 beträgt der jährliche Gesellschafteranteil des Kreises 275.000 Euro.**

Begründung: Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die in wesentlichen Teilen von den Kommunen vor Ort und nicht auf Kreisebene wahrgenommen werden muss. Gerade kleineren Kommunen fehlen für diese Aufgabe jedoch zumeist die personellen und finanziellen Ressourcen. Mit der Beteiligung an einer Klimaschutzagentur kommt der Kreis seiner Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion in diesem Bereich nach. Voraussetzung ist, dass sich kreisangehörige Kommunen mit zusammen mindestens 60.000 Einwohnern an der Klimaschutzagentur beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen,



gez. Kirsten Zülsdorff



gez. Armin Rösener



Fraktionsantrag		Vorlage-Nr:	VO/2018/714-001
Federführend: FD 2.2 Umwelt		Status:	öffentlich
		Datum:	20.11.2018
		Ansprechpartner/in:	
		Bearbeiter/in:	Petersen, Tanja
Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Entscheidung	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Beigefügt ist ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Anlage/n:

Ergänzungsantrag



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISHAUS, 24768 RENDSBURG

An den Vorsitzenden des Umwelt- und
Bauausschusses
Herrn Reimer Tank

**Kreistagsfraktion RD-Eck
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
Kaiserstr. 8-10
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566
geschaeftsstelle@gruene-
fraktion-rd-eck.de**

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 22.11.2018

Erweiterungsbau am Kreishaus

Rendsburg, den 20. November 2018

Sehr geehrter Herr Tank,

die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt für den geplanten Erweiterungsbau am Kreishaus:

- **Ökologische Belange in der Planung und Umsetzung sind zu berücksichtigen. Ein Anschluss an den Eisspeicher, sowie die Möglichkeit der Nutzung der Dachflächen für Solarenergie soll gewährleistet werden.**
- **Bei der Umsetzung des Projektes ist sicherzustellen, dass weitere Ladestationen für Elektroautos vorgehalten werden, die dem Mehrbedarf durch das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen gerecht werden.**
- **Für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung sind zusätzliche Fahrradabstellanlagen und eine Ladestation für Pedelecs einzuplanen.**

Begründung: Der Kreis sollte seiner Vorbildfunktion gerecht werden und Wert auf nachhaltiges Bauen legen, zumal dies auch den Wert des Gebäudes bei eventueller Teilvermietung erhöht. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die vorhandenen Ladestationen für Elektroautos bereits jetzt ausgelastet sind und für die Zukunft mit einem Mehrbedarf gerechnet werden muss. Dem ist Rechnung zu tragen. Es ist zudem zu fördern, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Kreisverwaltung ihren Weg zur Arbeit mit dem Fahrrad zurücklegen. Dafür sind geeignete und zusätzliche Fahrradabstellanlagen und eine Pedelec-Ladestation vorzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen,



gez. Kirsten Zülsdorff



gez. Armin Rösener



Fraktionsantrag		Vorlage-Nr:	VO/2018/725
Federführend: FD 2.2 Umwelt		Status:	öffentlich
		Datum:	14.11.2018
		Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
		Bearbeiter/in:	Petersen, Tanja
Anträge SPD Fraktion			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Entscheidung	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Beigefügt sind die Anträge der Fraktion SPD.

Anlage/n:

Schriftsatz Fraktionsanträge

Sozialdemokratische Partei Deutschland

Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
24768 Rendsburg
Kaiserstraße 8-10

Dr. Ina Walenda
Seeblick 2, 24214 Noer
ina.walenda@web.de
mobil 0176 20508116



Rendsburg, 12. November 2018

An den Vorsitzenden des
Umwelt- und Bauausschusses des
Kreises Rendsburg-Eckernförde
Herrn Reimer Tank

Zur Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 22. November 2018 Anträge der Kreistagsfraktion

Sehr geehrter Herr Tank,

für den Haushalt 2019 stellt die SPD-Kreistagsfraktion folgende Anträge.

Antrag 1: Klimaschutzberatung für Kommunen

Wir beantragen 70.000 € für eine neue Personalstelle für die Klimaschutzberatung von Kommunen.

Begründung:

Der Kreis verfügt bereits über einen Klimaschutzmanager, der sich wesentlich mit kreiseigenen Liegenschaften und Projekten befasst. Für einen effektiven kreisweiten Klimaschutz müssen jedoch die Gemeinden einbezogen werden, die diese Aufgaben ganz überwiegend allein ohne fachliche Beratung/ Unterstützung nicht leisten können. Ihnen soll daher im Rahmen der Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Kreises als zusätzliche Stelle des Klimamanagements ein Energieberater, eine Energieberaterin zur Verfügung gestellt werden. Die Steuerungsfunktion des Klimaschutzes bleibt somit beim Kreis, weitere Kosten wie für die Neugründung einer eigenen Gesellschaft entfallen. Angesiedelt werden könnte die Stelle z. B. zur Stärkung des Südkreises im Gründerzentrum in Hohenweststedt.

Antrag 2: Anschaffung von Energiesparkisten

Wir beantragen 30.000 € zur Anschaffung von Energiesparkisten.

Begründung:

Mit den Energiesparkisten, die Messgeräte zum Stromverbrauch mit weiterführenden Informationen zur Energieeinsparung enthalten, sollen die Schulen im Kreis ausgestattet werden. Diese können sie im Unterricht verwenden und so die Schüler- und Schülerinnen

Sozialdemokratische Partei Deutschland

Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
24768 Rendsburg
Kaiserstraße 8-10

Dr. Ina Walenda
Seeblick 2, 24214 Noer
ina.walenda@web.de
mobil 0176 20508116

befähigen, in den Haushalten Energieverbräuche zu messen und stromsparendes Verhalten einzuüben.

Antrag 3: Aufwertung öffentlicher Grünflächen für ökologische Vielfalt und Insektenschutz

Für eine ökologische Aufwertung von kreiseigenen Grünflächen beantragen wir 100.000 € in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Der Rückgang an Insekten - sowohl an Individuen als auch an Arten - ist dramatisch. Beim Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen und es nicht bei Appellen an andere belassen. Kreiseigene Flächen und Gebäude, insbesondere das Kreishaus, sowie Liegenschaften sollen durch geeignete Bepflanzung und Pflege, Entsiegelung und andere Maßnahmen wie Fassaden- und Dachbegrünung ökologisch aufgewertet werden, um zur Artenvielfalt beizutragen, Insekten Nahrungsgrundlagen und Lebensraum zu bieten und die Umgebung zu verschönern.

Antrag 4: Pestizidfreie Kommunen

Wir beantragen Projektmittel über 25.000 € für ein Konzept und die Umsetzung von „Pestizidfreien Kommunen“.

Begründung:

Der Einsatz von Pestiziden hat erhebliche ökologische Nebenwirkungen und verliert zunehmend an gesellschaftlicher Akzeptanz. Im Gegensatz zur Landwirtschaft ist ihr Einsatz auf kommunalen Flächen meist leicht verzichtbar, ist aber trotz großer Fortschritte vielfach noch gängige Praxis. Der Kreis soll Gemeinden dabei unterstützen, ihre eigenen Flächen pestizidfrei zu bewirtschaften. Hierzu soll ein Konzept zur Bewirtschaftung/ Operationalisierung zur natürlichen Flächenbewirtschaftung, d. h. ohne den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenbehandlungsmittel, erstellt werden und die Gemeinden über Alternativen z. B. für ihre Bauhöfe beraten werden.

Antrag 5: Verantwortungsvolle Haustierhaltung

Wir beantragen 50.000 € Projektmittel für eine Beratung zur verantwortungsvollen Haustierhaltung.

Begründung:

Ausgesetzte oder zurückgegebene Tiere verursachen Tierleid und steigende Kosten in den Tierheimen, die auch von Kreis und Gemeinden mitfinanziert werden. Eine wesentliche Ursache ist, dass sich Tierfreunde oftmals über den mit der Haustierhaltung verbundenen Aufwand nicht bewusst sind – so einem ggf. hohen Zeitaufwand, dem Verbleib der Tiere im

Sozialdemokratische Partei Deutschland

Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
 24768 Rendsburg
 Kaiserstraße 8-10

Dr. Ina Walenda
 Seeblick 2, 24214 Noer
 ina.walenda@web.de
 mobil 0176 20508116

Urlaub oder den ggf. hohen Kosten der Tierhaltung. Mit einem Angebot zur Beratung zur Haustierhaltung soll verhindert werden, dass Tiere unüberlegt angeschafft und dann ausgesetzt oder zurückgegeben werden. Die Mittel sollen ausgeschrieben werden, so könnten sich z. B. Tierheime darum bewerben.

Antrag 6: Katzenkastration

Wir beantragen 20.000 € zur Katzenkastration für streunende Katzen im Kreisgebiet.

Begründung:

Eine Kastration der Tiere hat sich als effektive Maßnahme erwiesen, um die Vermehrung streunender Katzen einzudämmen. Frei streunende Katzen führen ein leidvolles Dasein und beeinträchtigen die heimische Tierwelt. Eine Platz im Tierheim verursacht ein Vielfaches dieser Kosten. Mit den Mitteln soll die landesweite Aktion unterstützt und zusätzliche Kastrationen ermöglicht werden.

Weitere Begründungen unserer Anträge werden wir gern mündlich vortragen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ina Walenda



Fraktionsantrag		Vorlage-Nr:	VO/2018/744
Federführend: FD 2.2 Umwelt		Status:	öffentlich
		Datum:	21.11.2018
		Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
		Bearbeiter/in:	Petersen, Tanja
Antrag Fraktion CDU			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Beigefügt ist ein Fraktionsantrag der CDU.

Anlage/n:

Kataster



CDU-Kreistagsfraktion | Paradeplatz 10 | 24768 Rendsburg

Herrn
Reimer Tank
Vorsitzender des Umwelt und Bauausschusses
Kreishaus
24768 Rendsburg

20.11.2018

Antrag zur Haushaltsberatung:

Einrichtung eines Katasters für Naturdenkmäler

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die CDU-Kreistagsfraktion beantragt:

Der Umwelt- und Bauausschuss hält die Einrichtung und Pflege eines Katasters für Naturdenkmäler für erforderlich. Beim Kreis Rendsburg-Eckernförde liegen etwa 80 Verordnungen zu Naturdenkmälern vor. Diese beinhalten Einzelbäume, Baumgruppen und Alleen. Inhalt dieses Katasters ist die Erfassung der Naturdenkmäler einschließlich der Pflege- und Begutachtungsintervalle. Für diese Aufgabe ist eine Summe von 30.000 € in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Die Verkehrssicherungspflicht und Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Naturdenkmälern liegen zu einem großen Teil auf Seiten der Naturschutzbehörden. Eigentümer von Naturdenkmälern sind nur dazu verpflichtet, oberflächlich das Naturdenkmal auf seine Gefährlichkeit hin zu beobachten und gegebenenfalls bei der UNB vorstellig zu werden.

Um einen Überblick über die Häufigkeit und Intensität der Kontrollen von den Naturdenkmälern zu erhalten, ist das oben beschriebene Kataster erforderlich.

Für den dauerhaften Erhalt der Naturdenkmäler ist von wiederkehrenden Kosten für die Pflege und die Herstellung der Verkehrssicherheit aus zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen
– für die CDU-Fraktion –

Peter Thordsen



Mitteilungsvorlage		Vorlage-Nr:	VO/2018/738
Federführend: FD 2.2 Umwelt		Status:	öffentlich
		Datum:	20.11.2018
		Ansprechpartner/in:	Hetzel, Sebastian
		Bearbeiter/in:	Petersen, Tanja
Mitwirkend: FD 5.1 Gebäudemanagement		öffentliche Mitteilungsvorlage	
Anfrage der Fraktion WGK zur Klimaschutzagentur			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Umwelt- und Bauausschuss	Kenntnisnahme	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Beigefügt ist eine Anfrage der Fraktion WGK zur Klimaschutzagentur.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlage/n:

Anfrag WGK Klimaschutzagentur



An den Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses

Herrn Reimer Tank

Kaiserstraße 8

24768 Rendsburg

WGK Kreistagsfraktion

Dr. Susanne Kirchhof

Dr. Reinhard Jentzsch

Kontakt:

Kirchhof@wgk-net.de

Jentzsch@wgk-net.de

Bürgerliche Mitglieder

Dr. Andreas Höpken

Rainer Böttcher

Ingrid Schäfer-Jansen

Arno Jöhnk

Hans-Werner Last

Frank Frühling

18.11.2018

Anfragen der WGK-Fraktion an den Klimabeauftragten mit der Bitte um Beantwortung im Umwelt- und Bauausschuss ggf. als Tischvorlage

Sehr geehrter Herr Tank,

zur Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 22.11.2018 bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1) Welche Ziele verfolgt das Konzept der Klimaschutzagentur in punkto regenerative Energien und Energieversorgungskonzept im Kreis?
- 2) Welche Rolle spielt hierbei Windenergie, Photovoltaik, Wasserstoffbrennstoffzellentechnologie und Anbindung an das Europäische Verbundnetz (unter Berücksichtigung der Bereitstellung von Durchleitungskapazitäten für die skandinavischen Länder (europ. Vorgaben)?
- 3) Welche Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung besteht durch Einflussnahme von privatwirtschaftlichen Akteuren/Interessen im Bereich der erneuerbaren Energien?
- 4) Welche Kontrollmöglichkeiten der Aktivitäten der Klimaschutzagentur hinsichtlich Effizienz und Nachhaltigkeit gibt es für die Kreisverwaltung/die politischen Gremien?
- 5) Zu einem welchen Anteil wäre der Kreis in einer GmbH beteiligt und welche haftungsrechtlichen Folgen ergeben sich für den Kreis als Gesellschafter?

Mit freundlichen Grüßen

für die Fraktion der WGK

Susanne Kirchhof



Fachbereich: FD 2.2 Umwelt

Telefon: 04331/202-695

E-Mail: tanja.petersen1@kreis-rd.de

NIEDERSCHRIFT -Öffentlicher Teil-

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 22.11.2018
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:06 Uhr
Ort, Raum: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,
Sitzungssaal 1

Vorsitz

Tank , Reimer

reguläre Mitglieder

Kruse , Hauke

Ackermann , Torben

Baasch , Björn

Blunck , Karola

Böttcher , Rainer

Clark , Anke

Cordts , Hans

Daas , Janis

Entschuldigt

Embke , Tilo

Entschuldigt

Gränert , Holger

Ipsen Dr., Anne

Entschuldigt

Jonas , Gustav Otto

Entschuldigt

Kleinschmit , Rixa

Nisius , Hendrik

Entschuldigt

Rempe , Gudrun

Thordsen , Peter

Entschuldigt

Walenda Dr., Ina

van den Toren , Gerrit

Entschuldigt

stellvertretende Mitglieder

Arp , Christoph

Deising , Henry Petteri
Freis , Waldemar
Herrmannsen , Maximilian
Rahn , Thomas
Rösener , Armin
Schaffner , Klaus
Lüth , Hans-Jörg
Rumpf , Oliver

Verwaltung

Brück , Andreas
Eggers , Miriam
Groeper , Sabine
Hetzl , Sebastian
Hoffelner , Kim Uwe
Krug Dr., Sebastian
Kruse Dr., Martin
Petersen , Tanja
Wittl , Michael

Gäste

Müller , Hans

Krieger , Hans-Joachim

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 11. und 30.10.2018
3. Einwohnerfragestunde
4. Unterstützung von Projekten zur Abfallvermeidung VO/2017/356-001
5. Haushalt 2019
 - 5.1. Raumbedarfe
 - 5.2. Feuerwehrtechnische Zentrale
 - 5.3. Haushaltsplanung 2019 - Veränderungsliste Teilplan 537101 und 561101 VO/2018/681
 - 5.4. Anträge der Fraktionen
 - 5.4.1. Gemeinsame Anträge der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen VO/2018/743
 - 5.4.2. Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN VO/2018/714
 - 5.4.3. Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN VO/2018/714-001
 - 5.4.4. Anträge der Fraktion SPD VO/2018/725
 - 5.4.5. Antrag der Fraktion CDU VO/2018/744
7. Anfrage der Fraktion WGK zur Klimaschutzagentur VO/2018/738
8. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit im Ausschuss fest. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung werden nicht erhoben. Der Ausschuss beschließt nach oben stehender Tagesordnung zu verfahren. Herr Maximilian Herrmannsen wird per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheit als bürgerliches Mitglied verpflichtet..

zu 2 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 11. und 30.10.2018

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 11.10.2018 werden nicht erhoben, sodass sie als genehmigt gilt.

Herr Böttcher wendet gegen die Niederschrift vom 30.10.1018 ein, dass zum Tagesordnungspunkt 7, Frage 3 folgendes hinzugefügt werden muss: Es wird darauf hingewiesen, dass es aus seiner Sicht mehrere Hausbrunnen im Einzugsgebiet gibt. Die Niederschrift wird entsprechend mit einer Enthaltung beschlossen.

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

zu 4 Unterstützung von Projekten zur Abfallvermeidung VO/2017/356-001

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Es liegen der Verwaltung keine weiteren Anträge vor, sodass entgegen des Vorschlags der Verwaltung eine vollständige Bezuschussung zur Abstimmung gegeben wird.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt die Zuwendung von 9.900 € für den Verein Plietsch und Stark e. V. zur Ausstattung von Erstklässlern mit einer nachhaltigen Trinkflasche.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

zu 5 Haushalt 2019

zu 5.1 Raumbedarfe

Die Fraktionsanträge zum Erweiterungsbau des Kreishauses werden besprochen. Der Ausschuss geht davon aus, dass bei einem Neubau ein Eisspeicheranschluss und die Voraussetzungen für Solarenergie vorgesehen werden und im Budget abgedeckt sind. Die flexible Einteilung des Gebäudes, um später in Teilen fremdvermieten zu können, wird seitens Herrn Hetzel (Fachbereichsleitung Regionalentwicklung, Bauen und Schule) bestätigt.

Herr Hetzel weist darauf hin, dass die Kosten für eine Erweiterung des Gebäudes um ein Stockwerk und den zusätzlichen Leistungen wie in den beiden Anträgen dargestellt mit 5 Millionen Euro nur überschlägig sein können. In den veranschlagten Kosten sind beispielsweise keine Ladestationen für Elektroautos und Pedelecs und keine Fahrradabstellanlage enthalten sind.

Das Budget für einen vierstöckigen Erweiterungsbau wird zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, im Haushalt 2019 5 Millionen Euro für den vierstöckigen Erweiterungsbau am Kreishaus bereitzustellen.

Der Umwelt- und Bauausschuss erteilt der Verwaltung den Auftrag zu prüfen, ob eine Fahrradabstellanlage sowie Ladestationen für E-Autos und Pedelecs innerhalb des Budgets zu realisieren wären.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

zu 5.2 Feuerwehrtechnische Zentrale

Herr Tank erläutert, dass CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP erst einmal 8 Mio. Euro für den Neubau FTZ und LZG in de Haushalt einstellen wollen. Herr Dr. Kruse (Fachbereichsleitung Umwelt-, Kommunal- und Ordnungswesen) weist darauf hin, dass die Verwaltung eine Beschlussfassung darüber benötigt, welche Variante aus dem Bericht umgesetzt werden soll. Eine spätere Beschlussfassung könne zu einer höheren Preisentwicklung führen. Er verweist auf den Bericht der Verwaltung vom 30.10.2018, die dortige Wirtschaftlichkeits- und Zweckmäßigkeitserwägungen und darauf, dass die im Raum stehenden 8 Mio. Euro nicht zugeordnet werden könnten. Soweit während der Umsetzung oder Umsetzungsplanung noch Änderungen gewünscht werden, seien ausufernde Kosten vorprogrammiert. Dies haben Beispiele wie der Berliner Flughafen oder die Elbphilharmonie gezeigt.

Die Fraktionen tauschen ihre Argumente entsprechend ihrer Anträge aus. Die SPD befürwortet eine neue FTZ und eine Sanierung des LZG. Herr Lüth verweist darauf, dass die wirtschaftliche Lage auch wieder schlechter werden könne. Daher sei aus seiner Sicht eine zurückhaltende Ausgabenpolitik notwendig.

Ein Neubau FTZ und LZG inklusive des DRK und einem Flächenankauf, der einen Übungsplatz ohne Ausstattung beinhaltet wird mit einem Volumen von 10,4 Millionen Euro zur Abstimmung gegeben.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, im Haushalt 2019 10,4 Millionen Euro für einen gemeinsamen Neubau von FTZ und LZG inkl. Unterbringung des DRK und einen Flächenkauf, der einen Übungsplatz ohne Ausstattung beinhaltet, bereitzustellen.

(Hinweis Verwaltung: Der zu erwartende Erlös aus dem Verkauf der FTZ von 600.000 € ist unberücksichtigt.)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	4

**zu 5.3 Haushaltsplanung 2019 - Veränderungsliste Teilplan VO/2018/681
537101 und 561101**

Herr Lüth weist darauf hin, dass bei der Sachbearbeitung ein vergleichbarer Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis 10 T€ günstiger sei und somit die Entgeltzahler unverhältnismäßig belastet wären. Die in der Abfallwirtschaft angenommen Personalkosten müssten damit um 10 T€ reduziert werden.

Der Ausschussvorsitzende gibt den Beschluss wie von der Verwaltung vorgeschlagen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, den Änderungen (Veränderungslisten) in den Teilplänen 561101 und 537101 zum Haushaltsentwurf 2019 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	1

zu 5.4 Anträge der Fraktionen

**zu 5.4.1 Gemeinsame Anträge der Fraktionen CDU, FDP, Bünd- VO/2018/743
nis 90/ Die Grünen**

Die Anträge zum Erweiterungsbau Kreishaus und Neubau FTZ und LZG sind in den Tagesordnungspunkten 5.1 und 5.2 bereits berücksichtigt worden.

Die Weiterentwicklung des Klimaschutzes im Kreis Rendsburg-Eckernförde wird zwischen den Fraktionen diskutiert. Die Fraktionen SPD und WGK sprechen sich gegen eine Agentur aus. Damit das Klimaschutzmanagement in beiden Optionen Agentur und eigene Organisation realisierbar bleibt, wird eine Bereitstellung von 150.000 € zur Abstimmung gegeben.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, im Haushalt 2019 150.000 Euro für die Weiterentwicklung eines effektiven kommunalen Klimaschutzes im Kreis Rendsburg-Eckernförde einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	1

zu 5.4.2 Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

VO/2018/714

Der Antrag vom 8.11.2018 wird zurückgezogen.

Die Haushaltsmittel für eine Klimaschutzagentur sind unter TOP 5.4.1 beschlossen. Die Ermächtigung der Verwaltung, Fördermittel für die Gründung einer Klimaschutzagentur zu beantragen, wird zur Abstimmung gegeben.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, Fördermittel für die Gründung der Klimaschutzagentur zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	5

zu 5.4.3 Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

VO/2018/714-001

Der Antrag hat unter TOP 5.1 Berücksichtigung gefunden.

zu 5.4.4 Anträge der Fraktion SPD

VO/2018/725

Zu Antrag 1:

Der erste Antrag hat unter TOP 5.4.1 Berücksichtigung gefunden.

Zu Antrag 2:

Herr Lüth erläutert die Idee der Energiesparkiste. Die Fraktionen tauschen Argumente aus. Eine Abstimmung über die Anschaffung eines Klassensatzes von 30 Stück in Höhe von 10.000 € wird abgestimmt:

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, im Haushalt 2019 10.000 € für die Anschaffung eines Klassensatzes (30 Stck.) Energiesparkisten einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	10
Enthaltungen:	4

Zu Antrag 3:

Frau Clark beschreibt eine mögliche Umsetzung. Es wird darauf verwiesen, dass vom Ausschuss 2018 bereits ein Betrag von 15.000 € für eine Testfläche bereit gestellt wurde, der noch mangels Umsetzung zur Verfügung steht. Herr Wittl (Fachdienstleitung Umwelt) berichtet in diesem Zusammenhang von einem vergleichbaren Bundesprojekt, für das die Verwaltung in Absprache mit der Kreispräsidentin einen Antrag formulieren werde. Das Bundesumweltministerium unterstützt im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt nunmehr speziell Projekte zum Insektenschutz. Hier können die Landkreise bis zum 31.01.2019 Projektskizzen zum Schutz von Insekten und ihrer Artenvielfalt einreichen. Herr Wittl erläutert, dass die Verwaltung plane eine Projektskizze zu formulieren und einzureichen. Bei einer Bewilligung sei für die Umsetzung ein Arbeitspaket zu bewältigen, welches die Verwaltung aus eigener Kraft nicht leisten könne. Hier sei eine projektbegleitende externe Hilfe erforderlich. Für die Umsetzung des Projektes seien Bundeszuwendungen von 70% zu erwarten. Ein Eigenanteil von 30% sei vom Kreis zur Verfügung zu stellen. Der Antrag der SPD wird zur Abstimmung gegeben.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, im Haushalt 2019 100.000 € für die Aufwertung öffentlicher Grünflächen für ökologische Vielfalt und Insektenschutz einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	6

Zu Antrag 4:

Frau Dr. Walenda erläutert den Antrag. Der Ausschuss stellt fest, dass auf kommunalen Flächen keine Pestizide mehr zum Einsatz kommen und der Antrag sich nicht auf privat gärtnerisch genutzte Flächen bezieht. Der Antrag wird zur Abstimmung gegeben.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, im Haushalt 2019 25.000 € für ein Konzept und die Umsetzung von „Pestizidfreien Kommunen“ einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	3

Die Anträge 5 und 6 werden zurückgezogen und an den Hauptausschuss gegeben.

zu 5.4.5 Antrag der Fraktion CDU

VO/2018/744

Der Ausschussvorsitzende und Herr Wittl berichten zum Antrag. Zurzeit gibt es im Kreisgebiet 80-90 Verordnungen zu Naturdenkmäler. Gemäß den Verordnungen sind die Eigentümer von Naturdenkmälern dazu verpflichtet, Schäden, Mängel oder Veränderungen an die UNB zu melden. Eine Pflicht zur Verkehrssicherung oder Pflege bestünde nicht, dies sei nach rechtlicher Prüfung Aufgabe der UNB. Die UNB erstellt zurzeit eine Zusammenstellung der Naturdenkmäler mit allen verfügbaren Informationen. Diese Zusammenstellung soll als

Grundlage für eine externe Überprüfung der Naturdenkmäler dienen. Die Beurteilung von Naturdenkmälern sei durch die UNB aufgrund des erforderlichen Spezialwissens nicht durchführbar. Dazu würden z. B. externe Baumgutachter beauftragt werden, die Maßnahmen hinsichtlich der Verkehrssicherungspflicht und mögliche Besichtigungs- und Pflegeintervalle empfehlen können. Die Durchführung der Maßnahmen könne dann von der UNB überwacht werden.

Der Antrag wird zur Abstimmung gegeben.

Beschluss:

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, im Haushalt 2019 30.000 Euro für die Einrichtung und Pflege eines Katasters für Naturdenkmäler bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

zu 7 Anfrage der Fraktion WGK zur Klimaschutzagentur VO/2018/738

Herr Hetzel antwortet zur den Fragen:

1) Welche Ziele verfolgt das Konzept der Klimaschutzagentur in punkto regenerative Energien und Energieversorgungskonzept im Kreis?

Eine mögliche Klimaschutzagentur soll die Kommunen des Kreises unterstützen die vom Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein festgeschriebenen Ziele (§3 Abs.1 – 5 EWKG) zu erreichen. Da in Punkto Wärme- und Mobilitätswende der Kreis Rendsburg-Eckernförde die größten Potentiale besitzt, sollen hier zunächst Schwerpunkte gesetzt werden. Insbesondere Effizienz- und Suffizienzmaßnahmen werden neben dem Ausbau erneuerbarer Wärme primär angestrebt. Die Entwicklung energetischer Quartierssanierung (KFW 432) sollen die Kommunen in die Lage versetzen eine zukunftssichere Wärmeversorgung anzustreben.

2) Welche Rolle spielt hierbei Windenergie, Photovoltaik, Wasserstoffbrennstoffzellentechnologie und Anbindung an das Europäische Verbundnetz (unter Berücksichtigung der Bereitstellung von Durchleitungskapazitäten für die skandinavischen Länder (europ. Vorgaben)?

Dezentrale Versorgungen gerade der eigenen Liegenschaften mit Photovoltaik sind wirtschaftlich zu betreiben, wenn sie auf Eigenverbrauch ausgerichtet sind. Daher sollen die Kommunen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger, unterstützt werden, sich mit dem Ausbau der Solarenergie zu beschäftigen. Auch die Sektorenkopplung wird in den nächsten Jahren eine immer wichtigere Rolle spielen. Sollte es vor Ort von den Kommunen gewünscht sein, kann Klimamanagement dabei unterstützen, innovative Projekte anzustoßen. Eine mögliche Klimaschutzagentur wird keine Ambitionen in den Ausbau der Windkraft legen, da die Schwerpunkte anders gesetzt werden.

3) Welche Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung besteht durch Einflussnahme von privatwirtschaftlichen Akteuren/Interessen im Bereich der erneuerbaren Energien?

Diese Frage ist hypothetisch. Die Kreisverwaltung kann nicht erkennen, welche Form der Einflussnahme eine mögliche Gefahr darstellen würde. Eine Klimaschutzagentur wäre im Falle der Gründung einer GmbH zwar nach Privatrecht organisiert, aber ausschließlich durch kommunale Gesellschafter getragen. Konkrete Projekte und Maßnahmen, die auf die Vorbe-

reitung von Investitionen oder auf die direkte Investition abzielen, können nur in Abstimmung mit der kommunalen Selbstverwaltung getroffen werden.

4) Welche Kontrollmöglichkeiten der Aktivitäten der Klimaschutzagentur hinsichtlich Effizienz und Nachhaltigkeit gibt es für die Kreisverwaltung/die politischen Gremien?

Da es sich nach dem Vorschlag um ein Unternehmen handelt, welches zu 100% im Eigentum der öffentlich Hand stehen würde, wären sowohl die Gesellschafterversammlung wie auch der Aufsichtsrat der einer möglichen Klimaschutzagentur durch Vertreter der Verwaltungen und der politischen Gremien besetzt. Eine Gesellschafterversammlung tagt in der Regel jährlich, während ein Aufsichtsrat meist einmal im Quartal einberufen wird. Diese üben die Kontrolle über die Aktivität einer Gesellschaft aus.

Der Umfang des Mitspracherechts des Kreises gegenüber den anderen kommunalen Gesellschaftern würde durch den finanziellen Anteil am Jahresbeitrag bzw. am Stammkapital bestimmt.

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates würden durch einen noch zu entwickelnden Gesellschaftervertrag bestimmt.

5) Zu welchem Anteil wäre der Kreis in einer GmbH beteiligt und welche haftungsrechtlichen Folgen ergeben sich für den Kreis als Gesellschafter?

Der Anteil des Kreises steht nicht fest. Die verschiedenen Modelle, die aufgezeigt wurden, sehen wie folgt aus:

	Kommunaler Anteil mind. 120.000 EUR / Jahr	Kommunaler Anteil Max. 573.000 EUR / Jahr
Kreis Anteil 110 TEUR	48%	14,8%
Kreis Anteil 160 TEUR	57%	20,2%
Kreis Anteil 272 TEUR	69%	30,1%
Kreis Anteil 544 TEUR	82%	46,3%

Die Gesellschaft haftet mit ihrem Stammkapital. Das je nach Variante mindestens 25.000 EUR bis maximal 111.000 EUR beträgt. Die Aufgaben welche die mögliche Klimaschutzagentur haben könnte, schließt ein Verlustgeschäft aus. Der noch zu entwickelnde Gesellschaftervertrag regelt dann, wie ggf. der Geschäftsführer/die Geschäftsführerin und/oder die Gesellschafter für etwaige auftretende Verluste haftbar gemacht werden könnten.

zu 8 Verschiedenes

Herr Hetzel stellt Herrn Hoffelner als neue Fachdienstleitung Gebäudemanagement vor.
Herr Dr. Kruse stellt Frau Eggers als neue Controllerin des Fachbereichs Umwelt-, Kommunal- und Ordnungswesen vor.

Herr Tank nimmt Bezug auf die Antwort von Frau von der Leyen auf die Resolution an Herrn Sönke Rix, die dem Ausschuss per E-Mail zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Tank weist auf die Seminare Windenergie hin, die jeweils am 4. und 14.12.19 in Rendsburg stattfinden.

Die Sitzung wird um 19:06 Uhr geschlossen.